

Stadt Raguhn-Jeßnitz

Sitzungsniederschrift öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates der Stadt Raguhn-Jeßnitz vom 25.08.2020

Ort: Gebäude "Gaststätte Zur schönen Linde" OT Thurland, Hauptstraße, 06779 Raguhn-Jeßnitz

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 21.47 Uhr

Teilnehmer

Anwesend:

Herr Manfred Dreißig
Herr Tilo Hörtzsch
Herr Uwe Fromme
Herr Torsten Braune
Herr Henry Gräfe
Frau Gudrun Dietsch
Herr Stefan Krause
Herr Bernd Marbach
Herr Manfred Paulik
Herr Nils Naumann
Herr Eberhard Berger
Herr Steffen Erdreich
Herr Steffen Berkenbusch
Herr Klaus Zschocke
Herr Hannes Loth
Herrn Michael Dubrau
Frau Sabine Heinz
Herrn Uwe Ziegler
Herr Andreas Schröter

Abwesend:

Herr Christian Binder
(Mandatsniederlegung)

Aus der Verwaltung:

Frau Gramsch, Kämmerin
Herr Wolf, Kämmerer
Herr Schreiner, Mitarbeiter EDV
Frau Engelhardt, Protokollantin

Gäste:

Frau Nießner, Ortsbürgermeisterin Retzau
Herr Polese, Ortsbürgermeister Tornau vor der Heide
Herr Dubiel, Geschäftsführer Stadtwerke Bitterfeld-Wolfen
Herr Clemens, Stadtwerke Bitterfeld-Wolfen
Herr Alexander Backes, Stadtwerke Bitterfeld-Wolfen

Presse:

Herr Fuhse, Vertreter MZ

Vorläufige Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Stadtrates und der Beschlussfähigkeit
2.	Änderungsanträge zum öffentlichen Teil der Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung
3.	Einwohnerfragestunde

4.	Einwendungen zur Niederschrift und Feststellung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates vom 15.07.2020 (öffentlicher Teil)	
5.	Bericht der Ausschussvorsitzenden über die Arbeit in den Ausschüssen	
6.	Protokollkontrolle vom 15.07.2020 (öffentlicher Teil)	
7.	Bericht des Bürgermeisters über die Ausführung gefasster Beschlüsse aus der Sitzung des Stadtrates vom 15.07.2020 sowie Informationen aus der Verwaltung (öffentlicher Teil)	
8.	Vorstellung - Stadtwerke Bitterfeld-Wolfen GmbH	
9.	Forderung eines kommunalen Rettungsschirms "Schlankes Land, schlanker Landkreis - starke Städte und Gemeinden"	55-2020
10.	Außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln für den Neubau Straßenbeleuchtung Alte Bahnhofsstraße Schierau	57-2020
11.	Außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln für den Einsatz einer neuen Finanzsoftware	46-2020
12.	Erhebung Elternbeiträge für den Monat Mai 2020 während der Corona-Pandemie	51-2020
13.	Mitgliedschaft in der "Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen Sachsen-Anhalt"	52-2020
14.	Integriertes Gemeindeentwicklungskonzept (IGEK) der Stadt Raguhn-Jeßnitz - Beschluss nach Anhörung -	48-2019
15.	Anfragen und Anregungen der Stadtratsmitglieder und des Bürgermeisters	

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Stadtrates und der Beschlussfähigkeit
----	---

Das Diktiergerät wird für die Aufzeichnung der Beratung in Betrieb genommen.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Naumann, eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr und begrüßt die anwesenden Stadträte, den Bürgermeister, die Ortsbürgermeister/in, die Vertreter der Stadtwerke Bitterfeld-Wolfen, den Vertreter der MZ, die Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung sowie die anwesenden Einwohner. Von 19 Stadträten waren 17 und ab 19.06 Uhr 18 Stadträte und der Bürgermeister anwesend. Herr Naumann stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest.

2.	Änderungsanträge zum öffentlichen Teil der Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung
----	--

Der öffentliche Teil der vorliegenden Tagesordnung wurde ohne Änderungen einstimmig bestätigt.

3.	Einwohnerfragestunde
----	----------------------

- keine Einwohner anwesend -

4.	Einwendungen zur Niederschrift und Feststellung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates vom 15.07.2020 (öffentlicher Teil)
----	---

Der öffentliche Teil der vorliegenden Niederschrift vom 15.07.2020 wurde ohne Änderungen mit, 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen, bestätigt.

5.	Bericht der Ausschussvorsitzenden über die Arbeit in den Ausschüssen
----	--

Herr Berger, Vorsitzender Ausschuss Bau, Wirtschaft und Vergabe: Sitzung vom 11.08.2020 und 25.08.2020: Schwerpunkte waren:

11.08.2020

- Beratung zu Stellungnahmen Träger öffentlicher Belange
- Vorstellung zum Bauprojekt L 138 Kanal- und Straßenbauarbeiten Hauptstraße, Jeßnitz
Empfehlung: Vorstellung des Projektes im Ortschaftsrat Jeßnitz (Anhalt)

25.08.2020

- Abarbeitung der formellen Punkte der Tagesordnung

Herr Marbach, Vorsitzender HFA: Sitzung vom 19.08.2020

Schwerpunkte waren:

- Information des Bürgermeisters zur Annahme von Spenden
- Vorberatung der Beschlussvorlagen für den Stadtrat am 25.08.2020

Herr Erdreich, Vorsitzender Ausschuss für Ordnung: Nächste Sitzung am 06.10.2020

Herr Krause, Vorsitzender Ausschuss für Soziales: kein Termin

19.06 Uhr Teilnahme Herr Paulik

6.	Protokollkontrolle vom 15.07.2020 (öffentlicher Teil)
----	---

Die Ausführungen sind den Stadträten vorab schriftlich zugegangen und wurden durch den Bürgermeister verlesen. (Ausführungen und Aktualisierung als Anlagen zum Protokoll)

7.	Bericht des Bürgermeisters über die Ausführung gefasster Beschlüsse aus der Sitzung des Stadtrates vom 15.07.2020 sowie Informationen aus der Verwaltung (öffentlicher Teil)
----	--

Die Ausführungen sind den Stadträten vorab schriftlich zugegangen und wurden durch den Bürgermeister verlesen. (Ausführungen und Aktualisierungen als Anlage zum Protokoll)

Anfragen und Hinweise der Stadtratsmitglieder

Herr Loth verweist darauf, dass der Bürgermeister im HFA darüber berichtet hat, dass die Eltern der Drillinge finanziell zur Beschaffung eines Drillingskinderwagens unterstützt werden sollen. Aber er weiß nicht, woher das Geld kommen soll.

Herr Loth sagte in der Sitzung des HFA sofort zu, 500 Euro zur Verfügung zu stellen. Er fragt an, ob diese 500 Euro bei der Stadt eingegangen sind?

Frau Gramsch bestätigt den Eingang der 500 Euro.

Herr Marbach dankt Herrn Loth und erklärt, dass die Entnahme aus den Verfügungsmitteln des Bürgermeisters somit nicht notwendig ist.

Herr Loth erklärt, dass eine Spendenquittung vollkommen ausreichend ist.

Herr Krause bittet, wenn es wieder eine Mitteilung, wie bei der Kita Sonnenzauber von der Kommunalaufsicht, gibt, dass er es nicht aus der Presse erfahren muss. Man sollte doch die Mitglieder des Sozialausschusses per E-Mail darüber informieren. Der Informationsfluss muss anders gestaltet werden.

Herr Marbach erklärt, dass die Kommunalaufsicht noch nicht zugesagt hatte, aber für die Presse war es eine Schlagzeile. Der MA der Kommunalaufsicht (KA) hatte erklärt, dass, was in der Presse stand, korrekt war. Er hatte die Zahlen bekommen, aber es war noch diskussionswürdig. Es bedurfte einiger Stunden, um der KA die Unterlagen zu erläutern. Am 10. August ist die Entscheidung "Ja" gefallen.

Herr Loth fragt, wann Baustart wäre, wenn im September im Stadtrat darüber gesprochen wird?

Herr Marbach erklärt, dass es einen Null-Ablaufplan gibt. Dieser basiert auf einem Finanzierungsmodell, d. h. man muss Abschreibungen über Monate einrechnen. Der Null-Ablaufplan sagt aus, Start im September. Dieser Null-Ablaufplan ist Bestandteil des Beschlusses und ist im Finanzierungsmodell integriert.

Herr Dreißig geht auf die Tabelle zur Übersicht über die haushaltswirtschaftlichen Daten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Jahr 2020 aus den Informationen des Bürgermeisters ein und bittet um nähere Erläuterungen. Diese Übersicht von 2020 sollte in das Verhältnis zu 2019 gesetzt werden. Er fragt, ob diese Zahlen per 30.06.2020 dargestellt wurden?

Herr Marbach erklärt, dass die Tabelle mit den Zahlen aus 2019 heute von der Kommunalaufsicht eingetroffen ist. Er möchte damit ausdrücken, dass im Verhältnis mit dem Minus von 480.000 Euro die Stadt noch im Mittelbereich liegt. Es muss trotzdem weiter daran gearbeitet werden, dass diese Summe auf "Null" sinkt.

Er schlägt vor, die Erörterung im Detail im nächsten HFA vorzunehmen. Er erklärt, dass man im Bereich Statistik und Finanzen immer mehr Zahlen vorlegen muss. Die Kommunalaufsicht fügt diese Zahlen zusammen und stellt es im Vergleich dar.

Frau Dietsch fragt zur Kita Sonnenzauber nach, weil im Artikel September stand und jetzt auf September/Oktober verwiesen wird.

Herr Marbach verweist auf den Termin der nächsten Sitzung des Stadtrates am 30.09.2020 (fast Oktober). Die Bearbeitung des Finanzplanes bedarf einiger Zeit.

Herr Berkenbusch kommt darauf zurück, wenn im September Baustart sein soll, ob dafür schon ein Projekt für die Kita vorliegt? Bei der Kommunalaufsicht wurden doch nur Variantenvergleiche eingereicht.

Herr Marbach erklärt, dass der Baustart nicht im September stattfindet. Am 30.09.2020 soll im Stadtrat die Finanzierung vorgestellt werden, somit könnte der Stadtrat beschließen. Die Unterlagen werden am 16.09.2020 im HFA vorberaten.

Er empfiehlt, dass vielleicht im Vorfeld die Runde der Fraktionsvorsitzenden eingeladen werden sollte, um darüber zu sprechen oder vielleicht auch noch dem Ausschuss Soziales vorstellen. Beschließender für diese Maßnahme ist letztendlich der Stadtrat. Baubeginn wird danach stattfinden.

Herr Berkenbusch stellt den Antrag, dass jedes Stadtratsmitglied die Varianten und das Auftragsschreiben an den Gutachter, welcher die Variantenvergleiche und auf welcher Basis er die detaillierten Vergleich ausgeführt hat, zur Verfügung gestellt bekommt.

Herr Marbach merkt an, dass alle Daten und Berechnungen mit der Beschlussvorlage an alle ausgereicht werden.

Das Gutachten ist auch Bestandteil dieser Beschlussvorlage, die komplette Dokumentation.

Herr Berkenbusch merkt an, wenn im Vorfeld diese Zusammenkünfte mit dem Ausschuss Soziales und der Fraktionsvorsitzendenrunde laufen, sollte auch die Fraktionsmitglieder informiert sein, was der Inhalt ist. Damit könnten sich die Fraktionen vorher zusammensetzen und darüber sprechen.

Herr Marbach bestätigt, dass er das Recht hat und die Unterlagen zur Verfügung gestellt werden. Somit könnte vorher darüber diskutiert werden.

Herr Berkenbusch erklärt, dass es nicht funktioniert, wenn diese Sitzung vorher läuft.

Herr Marbach verweist darauf, dass vor dem HFA die Mitglieder die kompletten Unterlagen zur Verfügung gestellt bekommen. Ende dieser/Anfang der nächsten Woche werden die Unterlagen zusammengestellt. Entsprechend den Terminen in der Hauptsatzung, werden die Unterlagen ausgereicht. Dann können die Unterlagen eingesehen werden, wie es sich zusammensetzt.

Herr Berkenbusch geht davon aus, dass es ein ziemlich umfangreiches Werk ist. Es wird eine gewisse Zeit benötigt, um sich einzulesen. Aus diesem Grund hätte er gern diese Unterlagen im Vorfeld.

Herr Marbach erklärt, dass dann die Unterlagen ausgeliefert werden, wenn diese fertiggestellt sind. Es wird im Vorfeld nichts geliefert, was unfertig ist. Er verweist wiederholt auf die Fristen in der Hauptsatzung.

Herr Berkenbusch stellt dann fest, dass die Unterlagen zur Kommunalaufsicht gegeben wurden, ohne das die Stadtratsmitglieder darüber Bescheid wussten, was in diesen Unterlagen steht.

Herr Naumann fragt Herrn Marbach, ob es möglich ist, Akteneinsicht zu nehmen?

Herr Marbach verweist auf seinen Hinweis im letzten Stadtrat, dass die Unterlagen im Hause sind. Die Akteneinsicht ist bei ihm möglich. Die Unterlagen liegen bei ihm seit 14 Tagen bereit. Er kommt auf sein Angebot aus dem letzten Stadtrat zurück, dass Herr Berkenbusch die Unterlagen bei ihm einsehen kann. Er fragt, was das Problem sei?

Herr Berkenbusch erklärt, dass das Problem sein Zeitmangel sei.

Abstimmung zum Antrag von Herrn Berkenbusch:

1 Ja-Stimme, 10 Nein-Stimmen, 8 Enthaltungen (abgelehnt)

8.	Vorstellung - Stadtwerke Bitterfeld-Wolfen GmbH
----	---

Der Stadtratsvorsitzende begrüßt zum Tagesordnungspunkte die Vertreter der Stadtwerke Bitterfeld-Wolfen GmbH -

Geschäftsführer, Herrn Dubiel, technischer Leiter, Herrn Mai und kaufmännischer Bereich, Herrn Backes.

Weiterhin Herrn Berger, Aufsichtsratsvorsitzender Bäder- und Servicegesellschaft Bitterfeld-Wolfen.

Die Präsentation der Stadtwerke Bitterfeld-Wolfen erhalten die Stadträte als Anlage zum Protokoll.

9.	Forderung eines kommunalen Rettungsschirms "Schlankes Land, schlanker Landkreis - starke Städte und Gemeinden"	55-2020
----	--	---------

- keine Anfragen und Wortmeldungen -

Beschluss 55-2020 lautet wie folgt:

Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz beschließt die Forderung nach einem kommunalen Rettungsschirm anlässlich der aktuellen Coronakrise.

Gesetzl. Anz. der Mitglieder	: 19		davon anwesend : 19
Abstimmung	Ja : 18	Nein : 0	Enthaltungen : 1
Mitwirkungsverbot	: 0		

10.	Außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln für den Neubau Straßenbeleuchtung Alte Bahnstraße Schierau	57-2020
-----	---	---------

- keine Anfragen und Wortmeldungen -

Beschluss 57-2020 lautet wie folgt:

Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz beschließt, die außerplanmäßige Mittelbereitstellung für den Neubau der Straßenbeleuchtung in der Bahnhofstraße Schierau in Höhe von 30.000 € bereitzustellen. Die Mittel können aus der Haushaltsstelle 541100.096200-1021 zur Verfügung gestellt werden.

Gesetzl. Anz. der Mitglieder	: 19		davon anwesend : 19
Abstimmung	Ja : 19	Nein : 0	Enthaltungen : 0
Mitwirkungsverbot	: 0		

11.	Außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln für den Einsatz einer neuen Finanzsoftware	46-2020
-----	---	---------

Herr Krause fragt, in welchem Umfang die Kommune immer noch die GEZ zu unterstützen hat? Es muss wohl ein Modul für 3.000 Euro beschafft werden. Er hat vor einigen Monaten gehört, dass die Kommune die GEZ bei dem Forderungsmanagement unterstützen muss.

Frau Gramsch erklärt, dass sie bisher nichts gehört hat.

Herr Loth fragt, ob die Stadt dieses Modul für 3.000 Euro kaufen muss?

Frau Gramsch ergänzt, dass das Modul im Umfang des Angebotes mit enthalten ist. Es bedarf aber noch der genauen Prüfung, ob es mit eingesetzt wird. Es ist vorgesehen, das Modul mit zu erwerben. Es wird dann entschieden, ob es sich rentiert.

Herr Loth stellt den Antrag, genau dieses Modul aus diesem Beschluss zu streichen.

Herr Marbach erklärt, dass die Gesetzeslage aussagt, dass die Stadt diese Gelder eintreiben muss. Wöchentlich gehen 10 - 15 Schreiben mit Forderungen der ARD (GEZ) ein. Die Kommune soll für diese Institution das Geld eintreiben.

Es ist erforderlich, dass diese Forderungen programmäßig bearbeitet werden. Die neue Software beinhaltet eine Adressverwaltung (genaue Angaben). Sonst könnte die Stadt den gesetzlichen Verpflichtungen nicht in vollem Umfang nachkommen, diese Gebühren der GEZ einzutreiben.

Herr Loth fragt nach, wenn die Stadt gesetzlich verpflichtet ist, ist es doch eine übertragene Aufgabe an die Kommune und bekommt die Stadt die 3.000 Euro?

Frau Gramsch/Herr Marbach erklären, dass die Stadt eine Erstattung pro Vorgang bekommt.

Herr Wolf merkt an, dass das Modul nicht 3.000 Euro, sondern nur 1.273 Euro kostet und die Vollstreckung beitragsunabhängig vom Service ist.

Abstimmung zum Antrag von Herrn Loth:

3 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen (abgelehnt)

Beschluss 46-2020 lautet wie folgt:

Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz beschließt eine außerplanmäßige Mittelbereitstellung für die Anschaffung einer neuen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesensoftware.

Die Mittelbereitstellung ist gesichert. Die Deckung der Ausgabemittel in Höhe von 46.800,00 Euro ist aus Mitteln der Kommunalpauschale des Landes Sachsen (KoPa) nach § 16 Abs. 4 des Haushaltsgesetzes 2020/2021 i. V. m. § 16 Abs. 3 FAG für 2020 gewährleistet.

Hinweis: Der Bescheid für diese KoPa-Mittel erging am 28.4.2020, damit waren die Mittel in der Haushaltsplanung nicht berücksichtigt.

Es stehen (zusätzlich) Mittelermächtigungen (Haushaltsausgaberes 2019) in Höhe von 26.900 Euro bereit.

Gesetzl. Anz. der Mitglieder : 19

davon anwesend : 19

Abstimmung

Ja : 19

Nein : 0

Enthaltungen : 0

Mitwirkungsverbot

: 0

12.	Erhebung Elternbeiträge für den Monat Mai 2020 während der Corona-Pandemie	51-2020
-----	--	---------

Herr Loth merkt an, dass eine komplette Befreiung nicht möglich ist, weil das Land es so vorschreibt, dass wir nicht komplett darauf verzichten können. Die Stadt wird eine stundengenaue Abrechnung vornehmen. Die Sätze für die stundengenaue Abrechnung sollen beibehalten werden.

Die Eltern, welche die Kinder in dieser Zeit in die Notbetreuung gebracht haben, waren die Eltern, welche in systemrelevanten Berufen tätig waren, also Dienst für die Allgemeinheit geleistet haben (Ärzte, Krankenschwestern usw.).

Ihm ist es erst nach der Sitzung des HFA eingefallen, dass man für diese Berufsgruppen eine Verringerung der Elternbeiträge hätte vorschlagen können. D. h. nicht den kompletten Stundensatz zu berechnen, sondern nur die Hälfte, weil sich die Leute dafür eingesetzt haben. Er verweist darauf, dass andere Gemeinden jetzt überlegen, Corona-Hilfe oder eine Anerkennung für Stadtbeamte zu zahlen (Magdeburg, Halle und Dessau).

Es wäre zu überlegen, dass man auf die Hälfte dann auch verzichten könnte.

Herr Marbach merkt an, dass die Idee nicht verkehrt ist. Aber es müsste ein gesonderter Beschluss gefasst werden.

Herr Loth stellt den Antrag, dass in der nächste Sitzung des Stadtrates eine Beschlussvorlage, welche mit der Anerkennung für die Eltern, welche in der Corona-Zeit die Kinder in die Notbetreuung geben mussten, behandelt wird.

Herr Marbach erklärt, dass die entstehenden Kosten für die Stadt dazu ermittelt werden müssten.

Herr Dreißig verweist auf den HFA, dass ein Schreiben an die Landesregierung mit der Forderung der Kosten übersandt wird.

Herr Naumann verliest einen Antrag: Weiterhin beauftragt der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz den Bürgermeister, Herrn Marbach ein Schreiben an die Landesregierung zu verfassen, um die entstandenen Kosten in Höhe von 6.415 Euro auf Grundlage der Verordnung zurückzufordern. (Abstimmung nicht erforderlich)

Herr Marbach erklärt, dass das Schreiben an die Landesregierung versandt wurde und die Kopie des Schreibens jedem Stadtrat zur Verfügung gestellt wird (als Anlage zum Protokoll).

**Abstimmung zum Antrag von Herrn Loth:
15 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 3 Enthaltungen**

Beschluss 51-2020 lautet wie folgt:

Der Stadtrat beschließt, die Elternbeiträge für die Notbetreuung im Monat Mai 2020 anhand der Inanspruchnahme der Notbetreuung (tatsächlich in Anspruch genommene Betreuungszeiten abweichend vom bestehenden Betreuungsvertrag) zu erheben.

Gesetzl. Anz. der Mitglieder	: 19	davon anwesend	: 19
Abstimmung	Ja : 18	Nein : 1	Enthaltungen : 0
Mitwirkungsverbot	: 0		

13.	Mitgliedschaft in der "Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen Sachsen-Anhalt"	52-2020
-----	--	---------

Herr Berkenbusch fragt, welcher Mitarbeiter aus der Verwaltung über diese Mitgliedschaft, den Fortschritt und was passiert, informiert?

Herr Marbach informiert, dass der unmittelbare Mitarbeiter aus der Verwaltung Herr Naumann sein wird. Informationen übermittelt der Bürgermeister

Frau Dietsch fragt, ob das Radwegekonzept schon mit ihren Anmerkungen aus dem letzten HFA überarbeitet wurde.

Herr Marbach bejaht. Diese Stadtratssitzung beinhaltet extra diesen Beschluss. Die Anregung wird am nächsten Tag zur Gründungsversammlung vorgebracht. Frau Dietsch hatte angebracht, dass man die Deichverteidigungswege, welche schon durch viele Radfahrer genutzt werden, mit in das Radverkehrskonzept übernimmt bzw. einarbeitet. (Hinweis auf die entsprechenden Deichverteidigungswege im Stadtgebiet) Es muss geklärt werden, dass die Nutzungsfreigabe dieser Wege erfolgt.

Frau Dietsch erklärt, dass schon geregelt ist, dass der Mulderadwanderweg auf dem Deich entlang führt.

Herr Krause weist daraufhin, dass auf diesen Deichverteidigungswegen Schilder aufgestellt wurden, welche beinhalten, dass dort keine motorisierten Fahrzeug fahren dürfen. Die Hälfte der Fahrräder sind E-Bikes. Das sind Motor betriebene Fahrzeuge. Dazu bedarf es einer entsprechenden Regelung und sollte in der Arbeitsgemeinschaft vorgebracht werden.

Herr Marbach bestätigt die Anmerkung und wird diese vortragen. So gibt es auch Schilder auf den Deichanlagen, dass das Betreten grundsätzlich verboten ist. Das LHW hat immer bestätigt, dass das Betreten und Befahren der Deichverteidigungswege nicht gestattet ist, deshalb wurden die Schranken aufgestellt. Wird auch in der AG vorgetragen.

Herr Krause informiert, dass es speziell in unseren Bereichen vorkommt, dass diese Deichverteidigungswege von den Traktoren benutzt werden.

Herr Loth hat im HFA angeregt, dass im Punkt der GO zum Fachbeirat vielleicht noch angebracht werden könnte, dass der Fachbeirat auch eine Entschädigung bekommen könnte, da dieser aus ehrenamtlich Tätigen besteht.

Herr Marbach erklärt, dass ein Vereinsvorstand gebildet wird, welcher diese Entscheidung treffen muss.

Beschluss 52-2020 lautet wie folgt:

Der Stadtrat beschließt, der "Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen Sachsen-Anhalt" mit einem Mitgliedsbeitrag nach Einwohnerzahl von jährlich 300,00 € beizutreten.

Gesetzl. Anz. der Mitglieder	: 19		davon anwesend : 19
Abstimmung	Ja : 19	Nein : 0	Enthaltungen : 0
Mitwirkungsverbot	: 0		

14.	Integriertes Gemeindeentwicklungskonzept (IGEK) der Stadt Raguhn-Jeßnitz - Beschluss nach Anhörung -	48-2019
-----	--	---------

Herr Naumann fragt, ob die Anhörung im OR Raguhn nachgeholt wurde?

Herr Berkenbusch erklärt, dass dazu der OR nicht wieder beraten hat.

Herr Marbach verweist darauf, dass die BV 48-2020 vorliegt und im OR endlich eine Entscheidung fallen müsste "Ja oder Nein" oder was gibt es noch für Auflagen.

Herr Loth verweist darauf, da die Voraussetzungen nicht erfüllt sind, wird dieser Tagesordnungspunkt vertagt.

Herr Naumann fragt den Ortsbürgermeister Raguhn, Herrn Berkenbusch, wann die nächste Sitzung des Ortschaftsrates zum IG EK durchgeführt wird?

Herr Berkenbusch erklärt, dass im letzten Jahr Hinweise vorgebracht wurden, welche ergänzt werden sollten. Diese liegen jetzt vor.

Herr Marbach fragt, wann die nächste Sitzung des OR Raguhn stattfinden wird?

Herr Berkenbusch erklärt - im September.

Herr Naumann fragt, ob alle Unterlagen nun vorliegen bzw. eingearbeitet wurden?

Herr Berkenbusch merkt an, dass es noch andere Hinweise gab.

Herr Marbach erklärt, dass die Anhörung des OR zeitnah erfolgen sollte. Die Beratung erfolgt im nächsten Stadtrat am 30.09.2020.

Abstimmung zum Antrag von Herrn Loth:
Zurückstellung - 15 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 3 Enthaltungen

15.	Anfragen und Anregungen der Stadtratsmitglieder und des Bürgermeisters
-----	--

Herr Loth spricht die Baumaßnahme Flutbrücke Jeßnitz und Vollsperrung an. Er hat vermehrt heute früh Anrufe von besorgten Eltern erhalten. Der Fahrzeugverkehr hat durch die Umleitung zugenommen und in Raguhn ist kein Parkverbot.

Er hat selbst während der Mittagszeit festgestellt, dass viele Autos vor der Bank, Eisdiele, Post und vor der Stadt standen. Die Straße war damit zu. Am Bootshaus "ging gar nichts mehr".

Er fragt, wann das Parkverbot und Maßnahmen eingeleitet werden, damit die am Verkehr teilnehmenden Kinder (Schulbeginn Donnerstag) keine Angst haben müssen, „umgekartt“ zu werden?

Herr Marbach wird den Hinweis beim Ordnungsamt und Straßenverkehrsamt ansprechen. Herr Loth möchte dazu bitte eine Skizze an den Bürgermeister schicken. Er sagt, dass eigentlich vor der Apotheke Parkverbot ist und trotzdem halten die Leute im Kreuzungsbereich an.

Herr Loth erinnert, dass bei der letzten Vollsperrung in Jeßnitz und damit eine Ortsumfahrt war auf der Strecke in Raguhn -Rathausstraße von Brücke bis zur Brücke- Parkverbot auf der rechten Seite angeordnet.

Er verweist auf den Mindestabstand zum Fahrradfahrer von 1,5 m, welcher dann nicht mehr gewährleistet wäre.

Herr Marbach merkt an, das Parken von der Brücke bis zur Schloßstraße zu verbieten, wo sollen die Autos hin? Der Begegnungsfall ist dort gewährt, d. h. die Fahrzeuge können an einander vorbei fahren.

Herr Loth erinnert an die letzte große Sperrung, dass war nicht nur für die Autofahrer, sondern für alle Verkehrsteilnehmer sehr entspannt. Er verweist darauf, dass die Kinder ab Donnerstag zur Schule gehen und nicht gewartet werden kann. Die Kinder nutzen selten den Fußweg, Radwege sind oft nicht vorhanden und müssen an den parkenden Autos vorbeifahren.

Vielleicht könnte man beim Landkreis nachfragen und für die nächsten 2 Wochen Parkverbot aufstellen. Da auch in den nächsten Wochen die 200 Baufahrzeuge, wie vom Bürgermeister erwähnt, dort lang fahren.

Herr Marbach wird beim Landkreis nachfragen und den Fall schildern. Die 200 Baufahrzeuge fahren nicht durch Raguhn.

Diese Fahrzeuge fahren ausschließlich von Betonwerk über Wolfen zur Baustelle und fahren nicht über diese Umleitungsstrecke. Das wäre das Parkverbot von der Brücke bis zur Schloßstraße. Für die andere Strecke gilt ein Parkverbot.

Herr Fromme merkt an, dass bei der Straße "Vor dem Halleschen Tor" das Gehwegpflaster teilweise schon verlegt wurde. Er wurde von Anwohner darauf hingewiesen, dass dort Farbhäufungen auftreten, das dort das Herbstlaub verwendet wird.

Herr Marbach erklärt, dass es bei der Musterung einen Unterschied zwischen "Herbstlaub" und „Herbstbunt“ gibt. Die Mischung des Pflasters ist eigentlich gewollt. Es wird nachgefragt und geprüft.

Herr Fromme fragt im Auftrag der Vereine an, wann die Turnhallen wieder genutzt werden können. Einige Vereine sind zum Kanuclub ausgewichen, weil man dort draußen spielen darf. Es wird zunehmend früher dunkel und die Witterung schwieriger.

Herr Marbach erklärt, dass es eine ganz klare Aussage bitte. Die Sicherheit der Kinder geht vor. Die Freigabe der Turnhallen für die Vereine erfolgt so lange nicht, wie die

Corona-Regeln gültig sind.

Herr Fromme merkt an, dass wir fast die einzige Stadt sind.

Herr Marbach ergänzt dazu, dass andere mehrere Turnhallen haben und es anders regulieren können - 1 Turnhalle in Jeßnitz und 1 in Raguhn. Es wäre möglich, den Sport in der Sekundarschule durchzuführen. Dazu müsste Kontakt mit der Schulleiterin aufgenommen werden. Für die Stadt ist es wichtig, dass die Kinder den Schulsport durchführen können.

Das Risiko, dass etwas passiert, ist zu hoch. Es gab schon die Anfrage, ob der Schulsport überhaupt wieder durchgeführt wird. Dazu hat das Schulamt festgelegt, dass der Schulsport durchgeführt wird, aber es gelten die Hygienestandards und die Regeln. Die Wichtigkeit für die Schule sollte in den Vordergrund gestellt werden.

Das sollte den Vereinen so mitgeteilt werden. Es ist bekannt, dass mit dem Schulbeginn die Regeln für die Kinder durch den normalen Regelbetrieb gelockert werden. Es soll seitens des Landes eine Pressekonferenz stattfinden. Vielleicht legt man dort fest, dass Regeln gelockert werden. Vielleicht würde dann der Vereinssport möglich werden.

Herr Fromme fragt, warum die Turnhalle für die Einschulung in Jeßnitz nicht genutzt wird?

Herr Marbach erklärt, dass das eine Entscheidung der Schulleitung ist. In den letzten Tagen wurden die Räume für die Einschulung vorbereitet. Die Schulleitung hat gesagt, dass es nicht garantiert werden kann, dass in der Turnhalle alle Regeln eingehalten werden. Durch die Stadt mussten mehrere Auflagen erfüllt und besondere Materialien/Ausstattungsgegenstände beschafft werden.

Herr Braune ergänzt, dass die Pflasterung Vor dem Halleschen Tor verheerend an manchen Stellen aussieht. Das Pflaster wurde nicht nur ein bisschen vertauscht. Es ist richtig vertauscht.

Es sind kaum Informationen geflossen, was in den 3 Wochen passiert. Beispielsweise: Wo werden die Mülltonnen hingestellt? Kommt das Müllfahrzeug irgendwie rangefahren? Das sind offene unbeantwortete Fragen von den Anwohnern.

- Entlang der Behelfszufahrt zum Netto-Markt ragt das Unkraut weit rein.

- Er verweist darauf, dass auf der Flutbrücke seit Beginn der Baumaßnahme eine intelligente Ampel steht - 3. Ampel.

Wer bezahlt diese Ampel?

Herr Marbach erklärt, dass, wenn die Ampel nicht in Betrieb ist, diese auch nichts kostet. Nur wenn diese Ampel in Betrieb ist, kostet es etwas. So beinhaltet es die Ausschreibung.

- Zur Angelegenheit Mülltonnen ist festgelegt, dass jeder Anwohner seine Mülltonne vor das Haus stellt. Heute fand die Abstimmung mit der Baufirma und der Wolfener Recycling statt, dass die Baufirma die Mülltonnen und gelben Säcke zur Sammelstelle auf dem Netto-Parkplatz bringt und das Müllfahrzeug diese dann dort abholt. Die Mülltonnen müssen mit der Hausnummer versehen werden.

Herr Braune erklärt, dass es Vor dem Halleschen Tor eine Sonderregelung gibt und keiner weiß, was er machen soll.

Die Mülltonnen stehen an einer Sammelstelle und die Frage war, ob das Müllfahrzeug dort ranfahren kann?

Herr Marbach wiederholt seine Ausführungen.

Frau Dietsch informiert, dass sie und ihre Stellvertreterin des Fördervereins viele Anrufe erhält, warum der Park geschlossen ist/bleibt. Es wird erklärt, dass der Mindestabstand in der Hecke nicht eingehalten werden kann.

Am gestrigen Tag erzählte ihr Frau Schröder, dass es eine neue Variante gibt, warum der Park geschlossen bleibt.

Die Stadt kann nicht 4 Leute einstellen, welche die Maskenpflicht kontrollieren. Die Aussage soll vom Bürgermeister sein.

Ihr ist diese Aussage neu und wenn es so wäre, dann hätte man mit dem Förderverein sprechen können. Es wäre vielleicht an Wochenenden möglich, dass das kontrolliert worden wäre.

Warum ist der Park zu - wegen der 4 Leute oder wegen des Abstandes?

Herr Marbach erklärt - beides? Der Parkbereich ist nicht das Problem, sondern der Irrgarten. Im Begegnungsfall müssen die Bürger aneinander vorbei und das ist nicht gewährt. Sie müssten einen Mundschutz tragen. Die Verordnung sagt aus, dass das zu Kontrollieren ist. So müssten sie an jedem Ein- und Ausgang jemanden hinstellen, der das kontrolliert und darauf hinweist. Das bedeutet pro Ein- und Ausgang 4 Leute, inkl. Urlaub, Krankheit und Wochenende, benötigt werden. Darüber wurde mit Frau Schröder gesprochen, ob Leute gefunden werden können. Insgesamt werden 12 Leute im jeweiligen Wechsel benötigt. Es besteht nicht das finanzielle Problem, sondern das Personal zu finden.

Vielleicht ist es möglich, wenn der Verein unterstützen könnte.

Frau Dietsch merkt an, dass man die Frage an den Verein hätte stellen können. Außerdem gibt es 3 Ein- und Ausgänge.

Herr Krause erklärt, dass viele Leute bei ihm nachfragen, warum die Stadt als einzige Kommune den Tourismus runterfährt oder den Deutschlandboom richtig auszunutzen. Er hat Führungen in seinem Hirschgehege für die Leute dann durchgeführt. Die Leute waren begeistert über die schöne Gegend. Es kam immer die Frage, warum der Park geschlossen bleibt?

In einem Telefonat hat er Frau Mädchen-Vötig erklärt, dass ihn das Schild am Park mit der Aufschrift "Betretungsverbot" stört. Leider steht nicht dran, dass aus den und den Gründen der Park geschlossen ist. Die Erläuterung ist vom März.

Herr Marbach verweist, dass man sich längere Zeit mit Frau Schröder unterhalten hat. Sie versucht, Personal zu aktivieren. Über die Woche wird es schwierig, aber vielleicht könnten wir für das Wochenende eine Lösung finden.

Es gibt nach wie vor die 7. Verordnung.

Herr Dubrau merkt an, dass er in den letzten Wochen in vielen Orten unterwegs war, wo viele kulturelle Veranstaltungen stattgefunden haben. (Bsp.) Nirgendwo wurde er auf die Maskenpflicht hingewiesen. Die Leute hatten keine Masken auf. Er versteht nicht, warum man einer Kleinstadt wie Jeßnitz das fordert und in Berlin nicht und im Irrgarten Altjeßnitz.

Es ist unverständlich für die Turnhallen und den Park/Irrgarten, welcher im Freien sich befindet. Warum nutzt man nicht aus, wenn jetzt die Menschen unterwegs sind? Der Stadtrat beschließt die Öffnung und alle übernehmen die Verantwortung.

Herr Marbach verweist wiederholt darauf, dass er die Verordnungen durchsetzen muss. Vielleicht ergibt sich aus der am Donnerstag stattfindenden Pressekonferenz eine Lösung. Die Empfindungen wurden auch an die Landesregierung herangetragen. So wurden 2 Briefe an die Gesundheitsministerin gesandt, dass das mit den KITAS nicht so funktioniert und eine Entscheidung dringend benötigt wird. Er kann dem Stadtrat nicht die Verantwortung übertragen und die 7. Verordnung wird ausgehebelt.

Herr Dreißig merkt an, dass vielleicht eine Strafe dafür kommt. Die Ansteckungen sind vermehrt in Großstädten zu verzeichnen. Wenn sich eine Lösung im Gespräch mit dem Verein findet, ist das in Ordnung. Aber gegen das Gesetz kann man nicht verstossen. Wir können uns nicht mit Berlin und anderen vergleichen.

Herr Marbach fragt, ob es möglich ist, dass die Stadträte am Wochenende 6 Stunden unterstützen würden?

Herr Loth fragt, ob die Stadt auch an der kommunalen Wasserversorgung Elbe-Ostharz beteiligt?

Wenn ja, was bringt uns das und was macht der Verein?

Herr Marbach verweist auf die Ausführungen des GF Herrn Dubiel, dass die Stadt einen Anteil von 0,13 % hat. Es liegt ungefähr bei 30 % (Sachsen) und 70 % (Sachsen-Anhalt), was das Gericht seinerzeit übertragen hat und somit wurde rückgängig gemacht, was damals passiert ist. Es gibt tatsächlich bei der Fernwasser Ost eine Gesellschafterversammlung. Es ist so, dass die Sachsen-Anhaltiner ihre Kräfte bündeln und dann spricht man von diesem Verein.

Es wird für den Stadtrat eine Beschlussvorlage dahingehend vorbereitet, ob die Stadt diesem Verein beitrifft und unsere Anteile dem Verein überträgt bzw. besteht auch die Möglichkeit, unserer Nachbarkommune Stadt Bitterfeld-Wolfen (Anteil von 6,2 %) auch dort diesen Anteil mit hinzuzufügen. Bitterfeld-Wolfen hat sogar einen Aufsichtsratssitz in diesem Gremium.

Unsere Interessen würden dann vertreten, unter anderem zur Senkung des Härtegrades und des Preises. Ein Gespräch mit dem OB Bitterfeld-Wolfen hat ergeben, dass es für unsere Stadt nichts kosten würde.

Herr Ziegler kommt auf die Nutzung der Turnhallen durch den Schulsport zurück. Die Hygieneregeln wurden aufgeweicht und der Schulsport findet wieder statt. Er verweist auf z. B. die Abstandseinhaltung in Umkleidekabinen.

Am Donnerstag soll auf politischer Ebene auch eine Entscheidung darüber fallen, wie es mit dem Verein- und Freizeitsport weitergeht. Momentan traut man sich noch nicht heran, weil der Einhaltung der Hygieneregeln schwierig ist. Momentan ist es noch nicht so, dass die Vereine die Turnhallen nutzen dürfen.

Herr Marbach verweist auf seine Entscheidung, dass der Schulsport wichtiger als der Vereinssport ist.

Herr Berger fragt, ob die Stadt eine andere Nutzung für Vereinsräume sieht? Privatpersonen dürfen wohl Vereinsräume bedingt nutzen. Wie sieht das mit Vereinen aus?

Herr Marbach erklärt, dass der Verein eigenverantwortlich ist. Er hat ein Hygienekonzept aufzustellen und einzuhalten. Das Ordnungsamt der Stadt hat ein Muster ausgearbeitet, wie das Hygienekonzept aussehen könnte. Das Muster des Hygienekonzeptes kann bei Herrn Wehlmann, OA abgeholt und dann angepasst werden. Anschließend wird es beim OA eingereicht und bestätigt.

Herr Krause vertritt die Meinung, dass man bei der Stadtratsarbeit und in den Fraktionen wieder mehr zusammenarbeiten sollte, d. h. nicht nur alle 4 Wochen, sondern zwischendurch Themen bespricht.

Frage 1: Gibt es in der Zwischenzeit eine Vereinbarung zur Sportplatznutzung mit den Kickers Raguhn?

Frage 2: Ist zwischenzeitlich eine grundsätzliche Vereinbarung zur Poolnutzung mit dem Förderverein Grundschule Raguhn getroffen worden?

Antworten bitte bis zur nächsten Sitzung des Sozialausschusses bzw. Stadtrates.

Herr Marbach bestätigt, dass die Poolnutzung für dieses Jahr geklärt ist. Diese Vereinbarung

könnte auch verlängert werden.

Mit den Kickers gibt es keine Vereinbarung, aber eine Lösung für dieses Jahr. Es fehlt noch die Rückantwort des Landkreises. Vielleicht könnte man die Lösung in einer Vereinbarung aufnehmen. Momentan ist es vergaberechtlich nicht möglich. Man muss die Entwicklung abwarten.

Herr Berger bestätigt die Antwort zur Poolnutzung.

Herr Loth fragt, ob es irgendwo erfasst ist, wo sich die Mülleimer in unserer Stadt befinden, wie viele sind vorhanden und wie ist der Zustand? Er hat festgestellt, dass sich 2 oder 3 Mülleimer auf dem Markt befinden, aber im Rest der Stadt befinden sich nicht so viele. Gibt es eine Übersicht? Wenn ja, würde er diese im nächsten Ausschuss Ordnung einsehen wollen.

Herr Marbach erklärt, dass das Stadtmobiliar erfasst ist. Er verweist auf eine Präsentation/Zuarbeit des Bürgermeister und was man damit macht. Vandalismus ist ein großes Problem. Diese werden zertreten, beschädigt, geworfen. Es gibt ein Klientel, diese zerstören regelmäßig, die Bänke, Müllbehälter, entfernen die Gießkannen von den Friedhöfen (Nachkauf 15 Stück). Es wurden schon mehrere Anzeigen bei der Polizei aufgenommen. So wurden schon wieder Ortseingangsschilder gestohlen (Nachkauf je Schild 200 Euro). Die Wiederbeschaffung eines Müllbehälters verursacht Kosten in Höhe von 400 - 500 Euro. Es gibt schon bei der Polizei Ermittlungsgruppen.

Herr Dubrau berichtet, dass er welche erwischt, davon 2 Aufnahmen gemacht hat. Er hat es der Polizei übergeben. Aber der Ermittlungsaufwand wäre zu groß. Es handelt sich um das Ortseingangsschild und das Schild auf dem Kreisverkehr in Jeßnitz. Es ist fraglich, was passiert, wenn jemand verkehrt herum in den Kreisverkehr fährt.

Herr Marbach erklärt sich bereit, wenn so etwas wieder passiert, die Aufnahmen zu ihm zu schicken. Er setzt sich mit der Polizei in Verbindung. Er informiert, dass auch die Leute im verkehrsberuhigten Bereich und im Parkverbot stehen, so dass nicht mal mehr ein Feuerwehrfahrzeug durchfahren kann. (Bsp. Umgehungsstraße) Es wird mit den Kontaktbeamten der Polizei zusammengearbeitet.

Herr Schröter verweist auf das Beschmieren der Klinkerwände. Er fragt, ob man nicht irgendetwas dagegen tun kann?

Frau Dietsch informiert zur Nutzung von kommunalen Räumen, dass der Raum in Altjeßnitz in Absprache mit dem OA wieder vermietet werden darf.

- Mäharbeiten Sportplatz Altjeßnitz: Sie hat am heutigen Tag mit den Anwohnern gesprochen. Es wurde nicht ein einziges Mal gemäht. Frau Römmling sagte ihr, dass am 3. Juli gemäht wurde. Nein, es wurde nicht gemäht und auch nicht kontrolliert. Von den Anwohner wurde erklärt, dass dort viele Kinder spielen. Die Kinder können dort wegen des hohen Unkrautes und nicht wegen Corona, dort nicht spielen.

Herr Marbach wird sich darum kümmern.

Herr Naumann, Stadtratsvorsitzender **Information**

Am gestrigen Tage, 24.08.2020, ging in der Stadtverwaltung ein an den Stadtratsvorsitzenden gerichtetes Schreiben von Herrn Christian Binder ein, der der AfD-Fraktion angehörte. Mit sofortiger Wirkung legte dieser sein Mandat als Mitglied des Stadtrates nieder. Der nächst festgestellte Bewerber, Herr Marcel Schröder, wird in den kommenden Tagen schriftlich über den Mandatsverzicht informiert und die Frist zur

Mandatsannahme (1 Woche) abgewartet. Der Stadtrat besteht demnach in der heutigen Sitzung aus 18 Stadtratsmitgliedern und dem Bürgermeister.

Sollte Herr Schröder das Mandat annehmen, erfolgt seine Vereidigung in der nächsten Stadtratssitzung.

Die AfD-Fraktion wird gebeten, jemand neues aus den Reihen ihrer Fraktion für den Ausschuss für Bau, Wirtschaft und Vergabe zu benennen, dem bisher Herr Binder angehörte.

Herr Loth merkt an, dass Herr Feige nachrücken müsste.

21.00 Uhr Ende öffentlicher Teil - Pause Fortsetzung 21.08 Uhr